



# Bauwirtschaft RLP geht Kompromiss zur KfW-Förderung nicht weit genug

**POLITIK:** Ende des Effizienzhaus 55-Standards beruhe auf einem Denkfehler – „Kein gutes Signal für den Wirtschaftsstandort“

VON ANDREAS SCHRÖDER

Die Ankündigung, dass Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck die Bundesförderung beim Bau von energieeffizienten Gebäuden über die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) Ende Januar abrupt gestoppt hatte, schlug auch in Rheinland-Pfalz wie eine Bombe ein. „Mit dem Stopp der Förderung stellt die Bundesregierung die Ampel falsch, Bauherren und Bauwirtschaft werden im Stich gelassen und umfassender Klimaschutz gefährdet!“, kommentierte Thomas Weiler, Hauptgeschäftsführer des Landesverbands Bauwirtschaft Rheinland-Pfalz, zeitnah den Vorgang. Inzwischen gibt es einen Kompromiss, aber für die rheinland-pfälzische Bauwirtschaft geht dieser nicht weit genug.

Nach der ersten Ankündigung sollten sowohl der Standard Effizienzhaus 55 als auch Effizienzhaus 40 gestrichen werden. Gleiches galt

für die Sanierung von Bestandsgebäuden. Die beiden zentralen Gründe für die Entscheidung: Eine Antragsflut hat die Kassen leer gefüllt. Einem Budget von zirka sieben Milliarden Euro standen Anträge im Wert von zirka 20 Milliarden gegenüber. Das andere zentrale Argument: Der Förderstandard Effizienzhaus 55 sei längst gang und gäbe in der Branche. Hier würden Fördergelder mitgenommen, aber keine Anreize für besonders energieeffizientes Bauen nach dem Stand der Technik mehr gesetzt.

Nach einem gehörigen Aufschrei seitens der Baubranche und der Bauherren ist der Bund inzwischen zurückgerudert, hat Robert Habeck folgende Lösung vorgeschlagen: Demnach sollen alle förderfähigen Altanträge, die bis zum Antragsstopp am 24. Januar eingegangen sind, bearbeitet werden. Dabei handle es sich um zirka 24.000 Anträge. Diese würden nun von der KfW nach den bisherigen



Bauwirtschaft RLP sieht KfW-Kompromiss weiter kritisch

Programmkriterien geprüft. Die förderfähigen Anträge würden genehmigt. „Das bietet eine gute und rechtssichere Lösung für alle Betroffenen“, so das Ministerium. Für die Zukunft soll die Gebäude-

förderung neu ausgerichtet werden.

Thomas Weiler bleibt zurückhaltend. Die Ankündigung für eine Neuauflage der Förderung hält er zwar für ein positives Signal, in-

haltlich aber für unzureichend. „Der Verzicht auf die Förderung des KfW-55-Standards im Neubau beruht auf einem Denkfehler. Diese Bauweise wurde nur deshalb Standard, weil sie in den letzten Jahren staatlich gefördert wurde. Wenn die Regierung diese Weichenstellung zurückdreht, kann sich das langfristig negativ auf die Energiebilanz in Deutschland auswirken. Gerade mit Blick auf die steigenden Baukosten gehen wir davon aus, dass sich Kunden wieder verstärkt einer konventionellen und damit der Standardbauweise zuwenden.“ Insgesamt habe sich die Politik durch den Aktionismus der letzten Tage nicht als verlässlicher Partner erwiesen. „Ein intaktes und funktionierendes System der Förderung zu demontieren, um es dann unter zeitlichem Hochdruck wieder zu reparieren, war alles andere als eine Meisterleistung und kein gutes Signal für den Wirtschaftsstandort Deutschland.“

## LANDESREDAKTION

Anja Obermann  
Dagobertstraße 2  
55116 Mainz

Andreas Schröder  
Tel: 0179 / 90 450 25  
E-Mail: schroeder@handwerksblatt.de



## Wie Sie Umwelt und Umsatz gerecht werden? Mit uns.

### Weil's um mehr als Geld geht.

Große Schritte gehen Sie am besten gemeinsam mit uns. Ob in eine grüne Zukunft, auf globalen Märkten oder in digitalen Welten – als starker Partner an Ihrer Seite unterstützen wir Sie bei allen Themen, die Ihnen wichtig sind.  
Mehr Infos auf [sparkasse.de/unternehmen](https://sparkasse.de/unternehmen)



## Sparkasse



Die rheinland-pfälzischen Kommunen brauchen Geld

## Entschuldung könnte Handwerk helfen

**POLITIK:** SPD, Grüne, FDP, CDU und Freie Wähler wollen Kommunen finanziell entlasten

Vielen Kommunen in Rheinland-Pfalz sind hoch verschuldet. Das schadet auch der lokalen Wirtschaft und damit dem Handwerk. Denn die Städte, Kreise und Gemeinden sind nicht nur ein wichtiger Auftraggeber zum Beispiel für die Bauwirtschaft, der finanzielle Spielraum der Kommunen hat auch eine direkte Auswirkung auf den jeweiligen Wirtschaftsstandort: Stimmt die Verkehrsinfrastruktur? Wie sieht es mit dem schnellen Internet aus? Sind Kindergärten und Schulen attraktiv für die Familien der Arbeitnehmer? Nun soll endlich etwas gegen die hohe Verschuldung der Kommunen im Land unternommen werden. Greifen könnte der Plan, in dessen Kern sogar eine Änderung der Landesverfassung steht, bereits Anfang 2023.

Bereits Ende 2021 hatte die Landesregierung angekündigt, die Hälfte der Schulden aus Kassenkrediten der Kommunen übernehmen zu wollen. Die Kassenkredite belaufen sich derzeit auf über sechs Milliarden Euro und machen damit knapp die Hälfte der 12,4 Milliarden Euro kommunaler Schulden aus. Das Land würde unterm Strich also ein Viertel der kommunalen Schulden in Höhe von zirka drei Milliarden Euro übernehmen.

Ende Januar haben jetzt die Landtagsfraktionen der Ampelkoalition und die Oppositionsfraktionen der CDU und der Freien Wähler in einer von allen Seiten als „historisch“ bezeichneten Pressekonferenz angekündigt, den Weg dorthin freimachen zu

wollen. Sie planen eine Änderung des Artikels 117 der rheinland-pfälzischen Verfassung, der die Aufnahme von Krediten durch das Land regelt. Bereits Mitte Februar soll der Änderungsentwurf in den Landtag eingebracht werden. Das darauf folgende Umsetzungsgesetz soll bereits zum 1. Januar 2023 in Kraft treten.

### Reaktionen auf den Vorstoß

„Die Möglichkeit, die Kommunen zu entschulden, ist ein wichtiger Schritt. Für die rheinland-pfälzischen Kommunen eröffnet sich eine echte Chance für einen Neustart. Die hohen Altschulden haben die Kommunen zunehmend handlungsunfähig gemacht. Jetzt besteht die Chance, eine finanzielle Perspektive zu erhalten, Handlungsfähigkeit zurückzugewinnen und strukturelle und demografische Herausforderungen anzugehen“, kommentierte Michael Ebling, Oberbürgermeister der Landeshaupt Mainz und Vorsitzender des Städtetags Rheinland-Pfalz, den Vorstoß.

Nach Ansicht des DGB Rheinland-Pfalz / Saarland ist das Vorhaben der fünf Landtagsfraktionen ein richtiger Schritt, der für sich allein aber noch nicht ausreicht. „Wir brauchen eine vollständige Entschuldung der Kommunen. Wenn nur die Hälfte der kommunalen Altschulden abgelöst wird, haben die Kommunen immer noch keinen ausreichenden Spielraum“, betont die DGB-Vorsitzende Susanne Wingertzahn. **AS**

# Bauwirtschaft RLP geht Kompromiss zur KfW-Förderung nicht weit genug

**POLITIK:** Ende des Effizienzhaus 55-Standards beruhe auf einem Denkfehler – „Kein gutes Signal für den Wirtschaftsstandort“

VON ANDREAS SCHRÖDER

Die Ankündigung, dass Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck die Bundesförderung beim Bau von energieeffizienten Gebäuden über die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) Ende Januar abrupt gestoppt hatte, schlug auch in Rheinland-Pfalz wie eine Bombe ein. „Mit dem Stopp der Förderung stellt die Bundesregierung die Ampel falsch, Bauherren und Bauwirtschaft werden im Stich gelassen und umfassender Klimaschutz gefährdet!“, kommentierte Thomas Weiler, Hauptgeschäftsführer des Landesverbands Bauwirtschaft Rheinland-Pfalz, zeitnah den Vorgang. Inzwischen gibt es einen Kompromiss, aber für die rheinland-pfälzische Bauwirtschaft geht dieser nicht weit genug.

Nach der ersten Ankündigung sollten sowohl der Standard Effizienzhaus 55 als auch Effizienzhaus 40 gestrichen werden. Gleiches galt

für die Sanierung von Bestandsgebäuden. Die beiden zentralen Gründe für die Entscheidung: Eine Antragsflut hat die Kassen leer gefegt. Einem Budget von zirka sieben Milliarden Euro standen Anträge im Wert von zirka 20 Milliarden gegenüber. Das andere zentrale Argument: Der Förderstandard Effizienzhaus 55 sei längst gang und gäbe in der Branche. Hier würden Fördergelder mitgenommen, aber keine Anreize für besonders energieeffizientes Bauen nach dem Stand der Technik mehr gesetzt.

Nach einem gehörigen Aufschrei seitens der Baubranche und der Bauherren ist der Bund inzwischen zurückgerudert, hat Robert Habeck folgende Lösung vorgeschlagen: Demnach sollen alle förderfähigen Altanträge, die bis zum Antragsstopp am 24. Januar eingegangen sind, bearbeitet werden. Dabei handle es sich um zirka 24.000 Anträge. Diese würden nun von der KfW nach den bisherigen



Bauwirtschaft RLP sieht KfW-Kompromiss weiter kritisch

Programmkriterien geprüft. Die förderfähigen Anträge würden genehmigt. „Das bietet eine gute und rechtssichere Lösung für alle Betroffenen“, so das Ministerium. Für die Zukunft soll die Gebäude-

förderung neu ausgerichtet werden.

Thomas Weiler bleibt zurückhaltend. Die Ankündigung für eine Neuauflage der Förderung hält er zwar für ein positives Signal, in-

haltlich aber für unzureichend. „Der Verzicht auf die Förderung des KfW-55-Standards im Neubau beruht auf einem Denkfehler. Diese Bauweise wurde nur deshalb Standard, weil sie in den letzten Jahren staatlich gefördert wurde. Wenn die Regierung diese Weichenstellung zurückdreht, kann sich das langfristig negativ auf die Energiebilanz in Deutschland auswirken. Gerade mit Blick auf die steigenden Baukosten gehen wir davon aus, dass sich Kunden wieder verstärkt einer konventionellen und damit der Standardbauweise zuwenden.“ Insgesamt habe sich die Politik durch den Aktionismus der letzten Tage nicht als verlässlicher Partner erwiesen. „Ein intaktes und funktionierendes System der Förderung zu demontieren, um es dann unter zeitlichem Hochdruck wieder zu reparieren, war alles andere als eine Meisterleistung und kein gutes Signal für den Wirtschaftsstandort Deutschland.“



LANDESREDAKTION

Anja Obermann  
Dagobertstraße 2  
55116 Mainz

Andreas Schröder  
Tel: 0179 / 90 450 25  
E-Mail: schroeder@handwerksblatt.de



Die rheinland-pfälzischen Kommunen brauchen Geld

## Entschuldung könnte Handwerk helfen

**POLITIK:** SPD, Grüne, FDP, CDU und Freie Wähler wollen Kommunen finanziell entlasten

Vielen Kommunen in Rheinland-Pfalz sind hoch verschuldet. Das schadet auch der lokalen Wirtschaft und damit dem Handwerk. Denn die Städte, Kreise und Gemeinden sind nicht nur ein wichtiger Auftraggeber zum Beispiel für die Bauwirtschaft, der finanzielle Spielraum der Kommunen hat auch eine direkte Auswirkung auf den jeweiligen Wirtschaftsstandort: Stimmt die Verkehrsinfrastruktur? Wie sieht es mit dem schnellen Internet aus? Sind Kindergärten und Schulen attraktiv für die Familien der Arbeitnehmer? Nun soll endlich etwas gegen die hohe Verschuldung der Kommunen im Land unternommen werden. Greifen könnte der Plan, in dessen Kern sogar eine Änderung der Landesverfassung steht, bereits Anfang 2023.

Bereits Ende 2021 hatte die Landesregierung angekündigt, die Hälfte der Schulden aus Kassenkrediten der Kommunen übernehmen zu wollen. Die Kassenkredite belaufen sich derzeit auf über sechs Milliarden Euro und machen damit knapp die Hälfte der 12,4 Milliarden Euro kommunaler Schulden aus. Das Land würde unter dem Strich also ein Viertel der kommunalen Schulden in Höhe von zirka drei Milliarden Euro übernehmen.

Ende Januar haben jetzt die Landtagsfraktionen der Ampelkoalition und die Oppositionsfraktionen der CDU und der Freien Wähler in einer von allen Seiten als „historisch“ bezeichneten Pressekonferenz angekündigt, den Weg dorthin freimachen zu

wollen. Sie planen eine Änderung des Artikels 117 der rheinland-pfälzischen Verfassung, der die Aufnahme von Krediten durch das Land regelt. Bereits Mitte Februar soll der Änderungsentwurf in den Landtag eingebracht werden. Das darauf folgende Umsetzungsgesetz soll bereits zum 1. Januar 2023 in Kraft treten.

### Reaktionen auf den Vorstoß

„Die Möglichkeit, die Kommunen zu entschulden, ist ein wichtiger Schritt. Für die rheinland-pfälzischen Kommunen eröffnet sich eine echte Chance für einen Neustart. Die hohen Altschulden haben die Kommunen zunehmend handlungsunfähiger gemacht. Jetzt besteht die Chance, eine finanzielle Perspektive zu erhalten, Handlungsfähigkeit zurückzugewinnen und strukturelle und demografische Herausforderungen anzugehen“, kommentierte Michael Ebling, Oberbürgermeister der Landeshaupt Mainz und Vorsitzender des Städtetags Rheinland-Pfalz, den Vorstoß.

Nach Ansicht des DGB Rheinland-Pfalz / Saarland ist das Vorhaben der fünf Landtagsfraktionen ein richtiger Schritt, der für sich allein aber noch nicht ausreicht. „Wir brauchen eine vollständige Entschuldung der Kommunen. Wenn nur die Hälfte der kommunalen Altschulden abgelöst wird, haben die Kommunen immer noch keinen ausreichenden Spielraum“, betont die DGB-Vorsitzende Susanne Wingertzahn. **AS**



## Wie Sie Umwelt und Umsatz gerecht werden? Mit uns.

### Weil's um mehr als Geld geht.

Große Schritte gehen Sie am besten gemeinsam mit uns. Ob in eine grüne Zukunft, auf globalen Märkten oder in digitalen Welten – als starker Partner an Ihrer Seite unterstützen wir Sie bei allen Themen, die Ihnen wichtig sind.  
Mehr Infos auf [sparkasse.de/unternehmen](https://sparkasse.de/unternehmen)



Sparkasse